



Benjamin Mors ist Vorsitzender des Gemeindefesttags Kreis Konstanz und hat klare Vorstellungen, was es für eine gute Zukunft braucht. swb-Bild: privat



Eine von nur zwei Rathauschefinnen in der Region. Stockachs Bürgermeisterin Susen Katter spricht über die Herausforderungen der Zukunft. Foto: Anja Kurz



Dominik Ruch, Geschäftsführer von FX Ruch, argumentiert für ein positives Denken in der Gesellschaft. Foto: FX Ruch

Wenn es um die Frage geht, wie es sich auch in Zukunft gut in Deutschland leben lässt, ist das natürlich nicht nur eine Frage für Politiker. Auch die Wirtschaft spielt dabei eine große Rolle. Deswegen ist das WOCHENBLATT mit dieser Frage auch an Dominik Ruch, Geschäftsführer von FX Ruch in Singen, herangetreten.

„Eine meiner großen Sorgen ist, dass wir uns in Deutschland gerade selbst verkaufen“, sagt Dominik Ruch. „Immer mehr Mehrheitsbeteiligungen von wichtigen Industrien und Firmen landen im Ausland.“ Ihm komme es vor, dass die deutsche Politik dieses Thema nicht genug beachte. „Wenn wir nur noch von internationalen Konzern-Playern beeinflusst werden, geht auch ein Teil von uns selbst verloren.“

Das passiere schleichend und unbewusst, verursache aber eine gewisse Unzufriedenheit bei den Menschen. Spätestens dann, wenn man von Konzernen etwas braucht und in der Warteschleife am Telefon hängt, steige die Unzufriedenheit stark an. Statt die eigenen Unternehmen mit noch mehr Bürokratie lahm zu legen, sollte die Politik hier mal ein Auge draufhaben und den Mittelstand beziehungsweise die Individualität der deutschen Wirtschaft und Deutschland allgemein bewahren.

Das spielt für den Unternehmer auch bei der Energieversorgung eine Rolle. Spätestens nach dem Angriff auf die Ukraine stand der Entschluss, sich von der Abhängigkeit von russischem Gas zu lösen und dafür in Richtung er-

Große Diskussionen – kleine Schritte

Diskussionen werden hochemotional geführt: Energiewende, Elektroautos, Landwirtschaft, Stadtentwicklung bis 2040...

Die Zukunft allerdings, sie schert sich wenig um unsere Diskussionen: In einer so komplexen Welt kommt sie leise. Mit all dem, was sich aus den vielen Trends und Gegentrends als überlebensfähig erweist. Und unsere Zukunft in Unternehmen und Kommunen wird aus vielen kleinen Schritten gebaut. Der Weg, sagt man so schön, entsteht im Gehen.

Deshalb haben wir für das Sonderthema auf den nächsten Seiten einmal gefragt, was 2030 anders sein wird, also in sechs Jahren. Was 2040 sein wird, wissen wir nicht, aber 2030, das ist oft in der Amtszeit der Amtierenden und hier sind die Folgen der Verantwortlichkeiten dann auch wahrnehmbar.

Wir waren gespannt, was uns auf unserer Zukunftstrophy begegnet, seien Sie es auch...
Ihr Wochenblatt-Team

Positives Denken für ein gutes Leben

Warum die Grundeinstellung so wichtig ist

neuerbare Energiequellen zu gehen. „Wir machen aber wieder denselben Fehler und begeben uns in die nächste Abhängigkeit, diesmal von China und Indien in Sachen Solar, da sie in der Solarherstellung die Produzenten schlechthin sind.“ Die Politik müsste Anreize setzen – etwa durch verlässliche und vor allem langfristige Subventionen – damit die Produktion wieder nach Europa kommt.

Dies gilt nicht nur für die Solarbranche. Deutschland müsse dringend wieder mehr im eigenen Land produzieren. „Das hat nichts mit Nationalismus zu tun. Das ist vernünftige Wirtschaftspolitik.“ Und kürzere Transportwege wirken sich gleichzeitig positiv auf das Klima aus. „Der Umweltschutz ist mir persönlich sehr wichtig, aber es darf nicht in blinden Aktionismus ausarten. Wir versuchen in Deutschland mit überzogenem Klimaaktivismus die Welt zu retten, stattdessen könnte man weltweit extrem viel CO₂ einsparen, wenn die Transportwege kürzer wären.“

In diesem Zusammenhang fordert Ruch auch mehr Verantwortungsbewusstsein, wenn es um Einkäufe im Internet geht. „Es hat sich etabliert, dass man sich vier Hosen bestellt und drei wieder zurückschickt. Und gleichzeitig wundern wir uns über kilometerlange LKW-Staus, die unter anderem auch

durch sinnlose Retouren entstehen.“

Hausaufgaben für Bund und Kommune

Das bedeutet aber nicht, dass Dominik Ruch nicht auch Wünsche an die Politik hat. Etwa an die Stadt: „In Singen funktionieren die meisten Dinge gut“, sagt er. „Schwierig ist nur das Thema Wohnung.“ In der Vergangenheit habe das die Suche nach Fachkräften erschwert, wenn Bewerber hier nichts Passendes finden konnten.

Richtung Bundespolitik schickt er eine Forderung, die die meisten Menschen angeht: die Altersversorgung. „Wir haben im Betrieb selbst einige Beispiele. Die Menschen haben 40 Jahre lang gearbeitet und kommen nun mit der Rente kaum über die Runden. Umgekehrt erhalten Flüchtlinge sehr viel Unterstützung, da stimmt einfach etwas nicht.“ Hier müsse die Politik aktiv werden. Flüchtlingen muss es leichter gemacht werden, in die Arbeitswelt einzutreten, anstatt den Steuerzahler-Geldbeutel zu belasten. Diese Gelder sollten besser für die Altersversorgung genutzt werden.

Appell für positives Denken

Wenn es nun aber um die Frage geht, wie die Zukunft gut werden kann, hat



Als Bundestagsabgeordneter ist Andreas Jung bei vielen Entscheidung, die auch in den Kommunen Auswirkungen haben, hautnah dabei. swb-Bild: Tobias Lange



Als einer der neusten Bürgermeister in der Region kann Engens Rathauschef Frank Harsch die Zukunft mitgestalten. Foto: Rüdiger Lutz

Dominik Ruch eine eigene Vorstellung. Er nimmt sowohl die Gesellschaft als auch die Einzelperson in die Pflicht: „Die Frage impliziert, dass im Moment viel schlecht ist. Ich frage mich, ob das wirklich so ist. Natürlich waren die letzten Jahre schwierig und haben viele Menschen in ein negatives Denken hineingebracht. Es wäre wichtig, dass wir insgesamt als Gesellschaft wieder positiver denken“, sagt Ruch.

„Ich denke gerne an die WM 2006 zurück, da waren die Menschen in Deutschland wirklich gut drauf. Wenn wir dies nur ansatzweise wieder hinkriegen, sind wir auf dem richtigen Weg. Das ist etwas, an dem wir arbeiten müssen. Als Gesellschaft, aber auch jeder einzelne. Beispiel Straßenverkehr, wenn die Ampel vor einem plötzlich auf Rot schaltet: Anstatt sich aufzuregen und zu schimpfen, sollte man sich von der negativen Situation distanzieren und es einfach mal andersrum sehen. Man kann jetzt ohnehin nichts an der roten Ampel ändern und sollte besser denken, dass man jetzt ein paar Sekunden gewonnen hat, in denen man sich an positive Momente der letzten Tage erinnern kann.“

Auch sollte sich als Gesellschaft das Schwarzweißdenken reduzieren. „Das hat sich mit Corona sehr zugespitzt, als sich die Gesellschaft schon fast in „Geimpfte“ und „Ungeimpfte“ geteilt hat.

Das ist nicht gut, jeder muss das für sich selber abwägen. Ähnlich verhält es sich gefühlt so langsam mit „E-Auto“ und „Verbrenner“. Tatsächlich gibt es auch hier Vor- und Nachteile, die jeder für sich selber abwägen muss.“

Ein weiteres Thema in der Gesellschaft sei der ständige Stress. Da frage man sich, woher das kommt. „Eigentlich haben wir viel mehr technische Hilfsmittel als vor Jahrzehnten, die uns das tägliche Leben erleichtern sollten. Aber irgendwie hat keiner mehr Zeit. Ein Grund ist wahrscheinlich die Erwartungshaltung, die mittlerweile viele an sich und andere haben. Auf den sozialen Netzwerken sieht man, was andere machen, haben, et cetera. Da meinen viele, sie müssen das auch so machen“, ist der Unternehmer überzeugt.

„Wieso? Diese Erwartungen münden oft zwangsweise in Enttäuschungen, als Folge ist man noch unzufriedener. Aber die Gesellschaft lernt auch nicht daraus. Es wäre sinnvoll, einfach mal tiefer zu stapeln. Aber das geht nicht, weil man von allen Seiten beeinflusst wird, wie etwas und wie man zu sein hat. Als Chef, als Mutter oder Vater, als Familie, schon als Kind.“

Dominik Ruchs Appell: „Seid doch einfach mal wieder Ihr selbst“

Das Interview führte WOCHENBLATT-Redakteur Tobias Lange



Singens Oberbürgermeister Bernd Häusler beim Neujahrsempfang 2024. Bild: Stadt Singen

Die Liste von Oberbürgermeister (OB) Bernd Häusler für eine gute Zukunft im Jahr 2030 ist lang: Eine weiterhin ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen. Mehr Menschen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Eine regenerative Nahwärmeverorgung in mehreren Stadtgebieten. Eine klare Perspektive zur Umsetzung von Wasserstoff als Energieträger für die Industrie. Dass Singen weiterhin eine attraktive Einkaufsstadt ist. Und ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für die Menschen. Viele Themen, zu viele, um sie in dem einstündigen Gespräch mit dem WOCHENBLATT komplett zu vertiefen. Und doch genug, um in einige Entwicklungsbereiche der Stadt Singen einzutauchen.

Nahwärme und Innovation für die Industrie

Doch nicht alles Genannte ist bisher reine Zukunftsmusik: Die Masurenstraße soll zum Nahwärmequartier werden, also zum Heizen komplett mit Nahwärme versorgt - ein Leuchtturm, auch für das städtische Ziel, 2035 klimaneutral zu sein. Die Ausschreibungen für die dazu parallel notwendigen Tiefbaumaßnahmen befinden sich aktuell in der Vorbereitung, erzählt Bernd Häusler. „Das kann eine Blaupause sein, auch für andere Quartiere. Dann kann man den Leuten zeigen: Schau das funktioniert“, hofft er, um so den Menschen die Sorge vor der Umrüstung auf die neue Heiztechnik nehmen zu können. Doch es brauche auch andere Lösungen für die Menschen, um ihre Häuser zu beheizen: „Man wird nicht jeden dazu bringen können, dass er für viel Geld sein Haus saniert. Deswegen klappt auch nicht überall das Thema Wärmepumpe.“

Es brauche auch andere Lösungen, Wohnungen und Häuser langfristig wirtschaftlich beheizen zu können. Um Möglichkeiten zu diskutieren, die aktuell von der Stadt geprüft werden, werde es im April eine Klausurtagung des Gemeinderates geben.

Während Photovoltaik für die Stadt schon fast zum Tagesgeschäft gehöre, sei „relativ frisch“ das Thema der Wasserstoffversorgung für die Industrie hinzugekommen: „Da wird Wasserstoff sicherlich eine große Rolle spielen, um unsere Großindustrien hier am Standort auch in der Zukunft wettbewerbsfähig zu halten.“ Im Zusammenschluss mit Singen aktiv, dem Landkreis und der Industrie- und Handelskammer (IHK), setze man sich bei der Stadt Singen dafür ein, bis 2032 eine Wasserstoffversorgung in der Region realisieren zu können. Betrachte man das vom Bund in Aussicht gestellte Wasserstoffkernnetz, sei der Südwesten bislang abgeschnitten – das dürfe nicht so bleiben, betont Häusler. Weil auch der Gaspreis in den nächsten Jahren immer weiter steigen werde, gebe es Überlegungen hier im Landkreis Konstanz über dezentrale Elektrolyseure Wasserstoff selbst zu produzieren, berichtet der OB. Damit hätten auch die Betriebe Planungssicherheit für einen Umstieg.

Um die Unternehmen zu unterstützen, wurde 2021 das Reallabor zwischen der Hochschule für Technik Wirtschaft und Gestaltung (HTWG) in Konstanz und Singens lokalen Betrieben ins Leben gerufen. Das Ziel der Kooperation: „Die Dekarbonisierung eines Industriestandortes“. Dabei können laut Bernd Häusler „unsere Betriebe mit der HTWG zusammen immer spezifisch Forschungsprojekte angehen, das Knowhow der Wissenschaft einbringen und damit Innovation befördern.“ Gleichzeitig könnten so auch Förderprogramme umgesetzt werden, um die meist teuren Innovationen überhaupt entwickeln zu können. Die so angestoßenen Veränderungen in der Industrie werden allerdings erst langfristig wirklich sichtbar. Für die Betriebe hebt Häusler zudem einen weiteren Vorteil hervor: „Der berühmte Klebe-Effekt.“ Studierende, die mit einem Unternehmen gearbeitet haben, bleiben möglicherweise dort. Die Industrie bleibe als Arbeitgeber

auch weiter wichtig, ist er überzeugt: „Mit einer Deindustrialisierung wird es vielleicht in Zukunft schwierig sein, unseren Wohlstand halten zu können.“ So leben etwa auch viele

pendelt werden muss. „Eine Lösung habe ich für den Bereich nicht“, hebt Häusler hervor, auch auf Tagungen habe er hierzu noch von keinen Ansätzen gehört. „Deswegen



Diese bedeutsame Unterschrift setzte den offiziellen Startpunkt zur Installation des »Reallabors«, um die Industrie in der Stadt Singen eng mit der Forschung an der Hochschule Konstanz zu zusammenzubringen. Links HTWG-Präsidentin Prof. Dr. Sabine Rein, rechts Singens OB Bernd Häusler. Bild: Oliver Fiedler

dienstleistende Unternehmen von der Industrie.

Mehr Wege zu Fuß und mit dem Rad, aber...

Singen sei, wie viele Städte nach dem Zweiten Weltkrieg, autogerecht gebaut worden, gibt OB Häusler zu, mit großen, breiten Straßen. Das sei auch ein Vorteil. Einerseits weil das Auto auch weiterhin eine Zukunft habe. Das Auto immer schlecht zu machen, erzeuge bei denen, für die das Auto nach wie vor wichtig sei, nur Gegendruck. Andererseits könne auf einer breiten Straße auch besser ein Radweg gebaut werden: „Ich muss den Leuten attraktive Angebote machen, mit einem schönen Fahrradweg, mit dem man schnell in die Stadt reinkommt.“ Aktuell werden die einzelnen Maßnahmen des kürzlich neu aufgelegten Radverkehrsprojekts in Singen geplant. Doch im ländlichen Raum sei es schwieriger komplett auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umzusteigen, etwa wenn zur Arbeit in die Stadt ge-

wird es weiterhin das Auto geben, wir werden weiterhin Angebote machen müssen, dass die Leute bei uns in der Stadt auch gut parken können.“ Um

die Menschen zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen, hoffe er auch auf mehr Mithilfe durch Land und Bund, etwa zur Frage eines kostenlosen ÖPNV, wie er in Luxemburg bereits umgesetzt wird.

Um gesellschaftlich eine gute Zukunft zu erreichen, erachtet Bernd Häusler das Thema Integration als sehr wichtig: „Uns muss es gelingen, dass man den Menschen, die zu uns gekommen sind eine Chance gibt hier ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die Personen müssen aber auch die Chancen nutzen, die man ihnen gibt. Beim Thema Integration geht es immer um eine Gegenseitigkeit.“ Würden beide Seiten so an der Integration arbeiten, mit Chancen zur Bildung und Ausbildung, könne sich daraus nachher für beide Seiten einen „tollen Mehrwert“ ergeben, aber: „Im Augenblick fühle ich, dass wir da überfordert sind, durch die schiere Masse an Menschen, die zu uns kommt.“ OB Häusler betont die Bedeutung einer gemeinschaftlichen Lösung, etwa zwischen der Stadt, Singen aktiv, der Wirtschaftsförderung und dem Integrationsverein inSi.

Zukunft der medizinischen Versorgung

Nach der Entscheidung für Singen als neuen Klinikstandort, steht hiermit eine weitere große Herausforderung an. Nun gehe es um die Finanzierung und die Frage welche medizinischen Bereiche in Konstanz, in Singen oder an beiden Standorten letztlich abgedeckt werden. Auch die hausärztliche Versorgung werde zum Problem: Viele Ärzte gehen in den kommenden Jahren in den Ruhestand. „In der Zukunft wird es auch im Bereich der fachärztlichen Versorgung Defizite geben“, ist Bernd Häusler überzeugt. Mit einem eigenen Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) werde in Singen versucht, den hausärztlichen Bereich abzudecken. Drei Ärzte hätten sich bereit erklärt mitzumachen, stellte der OB in Aussicht: „Das werden wir in Zukunft weiter ausbauen, auch da denken wir langfristig. Das ist alles mit Problemen behaftet und nicht ganz so einfach, aber wir kriegen das hin.“

Das Interview führte WOCHENBLATT-Redakteurin Anja Kurz

NACHHALTIG STROM ERZEUGEN?
Die Komplettlösung für Ihre Photovoltaikanlage

JETZT 500,- RABATT SICHERN*

Von der Beratung über die Planung bis zur Installation und Inbetriebnahme – alle Leistungen aus einer Hand.

Ihingen · Gewerbestr. 1 · Tel. 07668 991272 · photovoltaik@zg-raiffeisen-baustoffe.de
www.zg-raiffeisen-baustoffe.de

ZG Raiffeisen Baustoffe

WEIL ES IHR ZUHAUSE WIRD

DACIA
EINFACH GUT

DACIA SPRING
JETZT MIT 10.000 € ELEKTROBONUS*

NUR NOCH WENIGE DACIA SPRING EXTREME ELECTRIC 65 ZUM AKTIONSPREIS
JETZT SCHON AB
16.499€
Nach Abzug des Elektrobonus von 10.000 €*
Dacia Spring Electric 65, Elektro, 48 kW: Stromverbrauch kombiniert (kWh/100km): 14,5; CO₂-Emissionen kombiniert (g/km): 0 (nach gesetzl. Messverfahren, Werte nach WLTP). Dacia Spring: Stromverbrauch kombiniert (kWh/100 km): 14,5 – 13,9 kWh; CO₂-Emissionen kombiniert (g/km): 0 – 0.

f @ Dacia.DE

AUTOHAUS BLENDER GMBH
IN RADOLFZELL UND KONSTANZ
DACIA VERTRAGSHÄNDLER
RADOLFZELL ROBERT-GERWIG-STR. 6 KONSTANZ MAX-STROMEYER-STR. 51
WWW.AUTOHAUS-BLENDER.DE

Abb. zeigt Dacia Spring Extreme mit Sonderausstattung.
*Der Elektrobonus umfasst 10.000 €. Der reguläre Angebotspreis beträgt 26.499,- €. Gültig für Kaufanträge bis zum 31.03.2024. Nicht kombinierbar mit anderen Angeboten.

STADTWERKE
RADOLFZELL

Balkonkraftwerk



Balkonkraftwerk mit 2 Modulen für nur **690 €**

→ Umweltfreundlich zuhause eigenen Strom erzeugen

→ Bequem den Stromverbrauch reduzieren und gleichzeitig Energiekosten sparen



QR-Code scannen und mehr über Balkonkraftwerke erfahren



STROM



GAS



WASSER



WÄRME



INTERNET



MOBILITÄT

Stadtwerke Radolfzell GmbH | Untertorstr. 7-9 | 78315 Radolfzell | www.stadtwerke-radolfzell.de

Balkonkraftwerke: Grüne Energie direkt vor der Haustür

In einer Zeit, in der Nachhaltigkeit und Umweltschutz nicht mehr wegzudenken sind, stellen Balkonkraftwerke eine innovative Lösung für umweltbewusste Verbraucher dar. Diese kleinen, aber leistungsstarken Solaranlagen ermöglichen es Mieter, Hausbesitzern und Unternehmen, ihren eigenen grünen Strom zu produzieren, direkt vor ihrer Haustür.

Balkonkraftwerke nutzen die ungenutzten Flächen auf Balkonen, Terrassen oder Dächern, um Sonnenenergie in Strom umzuwandeln. Durch die Installation von Photovoltaikmodulen und einem Mikrowechselrichter können selbst kleine Flächen in effiziente Energiequellen verwandelt werden. Diese Anlagen sind flexibel, platzsparend und erfordern keine aufwendige Installation, da sie einfach an der Geländer- oder Dachkante befestigt werden können.

Ein wesentlicher Vorteil von Balkonkraftwerken ist ihre Skalierbarkeit. Je nach Bedarf und Budget können Verbraucher die Größe ihrer Anlage anpassen und ihre Energieproduktion erhöhen, indem sie weitere Module hinzufügen. Dies ermöglicht es sowohl Mietern als auch Hausbesitzern, ihren eigenen Beitrag zur Energiewende zu leisten und gleichzeitig ihre Stromrechnungen zu senken.

Die Zukunft beginnt leise, aber mit Balkonkraftwerken wird sie auch sichtbarer. Indem wir auf innovative Technologien setzen und gemeinsam auf eine nachhaltigere Zukunft hinarbeiten, können wir einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz leisten und gleichzeitig die Energiewende vorantreiben.



Andreas Jung nach dem Gespräch mit dem WOCHENBLATT darüber, wie es gutes Leben auch in Zukunft möglich ist. Foto: Tobias Lange



Der Ausbau der B33 und auch der Gäubahn muss schneller gehen, sagt Andreas Jung. An der Bundesstraße wird bereits seit Jahren gearbeitet. Foto: Archiv/Edwin Häufle

Zukunft braucht Zusammenspiel

Appell für Kooperation und lohnende Arbeit

Es ist genau 12 Uhr, als Andreas Jung, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Konstanz, vor dem Restaurant eintrifft. Pünktlich auf die Minute also zu seinem Gespräch – und auch Mittagessen – mit dem WOCHENBLATT. Das Thema ist ein bedeutendes: Wo liegen die Baustellen der Gegenwart und Zukunft und was muss unternommen werden, damit es sich auch in den kommenden Jahren gut in Deutschland leben lässt.

Die Antwort, wie das gelingen kann, fängt aus Sicht des Bundespolitiklers bei jedem Einzelnen an. Man müsse sich immer wieder vor Augen führen, dass es eben nicht selbstverständlich ist, in Frieden und Freiheit zu leben, was der andauernde Angriff Russlands auf die Ukraine zeige. Dass es nicht selbstverständlich ist, Wohlstand und einen stabilen Rechtsstaat zu haben. „Das sind Errungenschaften, die es zu bewahren gilt“, betont Andreas Jung. Wobei hier dann auch weitere

Ebenen der Politik eine Rolle spielen. „Wie schaffen wir es, dass man auch 2030 in Deutschland gut leben kann? Da ist für mich ein wichtiger Punkt der Zusammenhalt in Europa“, ist der Bundestagsabgeordnete überzeugt. „Europa hat uns die Freiheit gebracht, hat uns den Frieden gebracht und bringt uns den Wohlstand. Wir haben Anlass, europäische Gemeinsamkeiten zu suchen.“

Denn das kann auch direkte Auswirkungen in der Region haben. Etwa in Singen mit seiner starken Wirtschaft. Die Industriebetriebe „sind gekommen, als die Schweizer Protektionismus betrieben haben. Protektionismus und ‚Grenzen dicht‘ sind offensichtlich keine guten Ideen“, erklärt Andreas Jung.

Bestehende und neue Infrastruktur

Gleichzeitig betont er die Bedeutung,

die eine gute Infrastruktur hat. „Infrastruktur - so konnte man wachsen, so ist Singen gewachsen.“ Deshalb setzt Andreas Jung auf den Ausbau von bestehenden Angeboten: „Wir haben die politischen Weichen gestellt, Geld ist da für den Ausbau der Gäubahn und der B33. Aber wir sind in der Umsetzung zu langsam.“ Das Problem sieht er in bürokratischen Hürden. „Wir müssen weg von dieser Überregulierung. Mit Regelwut werden wir die Herausforderungen nicht schaffen. Da brauchen wir Flexibilität.“

Den Ausbau des ÖPNV sieht er als Gemeinschaftsaufgabe: „Es braucht eine verlässliche Anbindung von früh bis spät. Das muss besser werden. Die Umsetzung geht nur vor Ort, Land und Bund müssen das aber bestmöglich unterstützen.“ Die Schiene müsse attraktiver gemacht werden. „Dann nutzen die Menschen das auch“, ist Andreas Jung überzeugt. „Man wird die Leute nicht mit moralischen Appellen,

sondern mit guten Angeboten überzeugen.“

Angebote wie das Deutschlandticket mit seinem einheitlichen Preis seien ein guter Ansatz. Doch es dürfe nicht passieren, dass die Angebote in der Fläche fehlen. „Es muss gute, günstige und leicht buchbare Angebote geben und die Bahn muss mehr als bisher den Anspruch haben, die Fläche zu bedienen“, fasst der Bundespolitiker zusammen. „Aber auch künftig werden Autos eine wichtige Rolle spielen.“ Die Politik müsse die Voraussetzungen schaffen, dass sie Schritt für Schritt umweltfreundlich werden - ohne eine Technologie dabei vorzugeben.

Aber auch Energiesicherheit spielt als Standortfaktor eine Rolle. Nicht als einziger sieht Andreas Jung großen Nachholbedarf beim Konzept der Bundesregierung für das zukünftige Wasserstoffnetz. Hier gibt es bei der derzeitigen Planung einen weißen

Fleck im Südwesten Deutschlands. „Wir müssen an der Lebensader dran sein. Es ist auf regionaler Ebene ganz wichtig, dass wir bei der Infrastruktur der Zukunft mit dabei sind. Dafür werden jetzt die Weichen gestellt.“

Zusammenspiel statt Entweder-oder-Denken

Dies ist für den Politiker auch eine Antwort auf eine der größten Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft: dem Klimawandel. „Wir müssen die Fragen so beantworten, dass wir die Dinge zusammenbringen. Wir dürfen nicht hier Industrie und Mittelstand betrachten, da Klimaschutz. Das gehört unbedingt zusammen.“ Auf internationaler Ebene wurde für 2030 ein Nachhaltigkeitsziel gesetzt. „Wenn man das herunterbricht, heißt es: Wir müssen Wirtschaft, Umwelt und Soziales zusammenbringen. Wir müssen in Zukunft auch weiter Industrie haben, die dann aber klimafreundlich

ist. Dafür müssen Voraussetzungen geschaffen werden.“

Denn ein Einbruch der Wirtschaft hätte weitreichende Folgen: Die Region sei stark mit Industrie, Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft. „Das ist Voraussetzung dafür, dass wir den Sozialstaat aufrechterhalten können.“ Denn den muss man sich erst einmal leisten können, die Mittel dazu müssen erwirtschaftet werden. „Wir müssen das Bewusstsein für Leistung stärken“, stellt Andreas Jung deshalb fest. „Leistung ist etwas Positives, was man auch für die Gesellschaft erbringt, danach sollten auch die Systeme ausgerichtet werden.“ So müsse das Bürgergeld so reformiert werden, dass es echte Anreize bringt, zu arbeiten. „Es muss sich im Geldbeutel spürbar auszahlen. Es muss deutlich sein, dass sich Arbeit finanziell deutlich lohnt.“

Das Interview führte WOCHENBLATT-Redakteur Tobias Lange



Susen Katter legt für ihre Amtszeit viel Wert auf Bürgerbeteiligung, die aus mehr als „nur“ Infoabenden besteht.

Foto: Anja Kurz

Weniger als sieben Jahre sind es bis 2030. Wenig Zeit für Verwaltungen, um angesichts vieler Auflagen und Vorschriften Veränderungen voranzubringen. Und wenig Zeit für die Menschen, um sich darauf einzustellen. Was braucht es, damit diese Aufgaben dennoch gelingen? Unter anderem darüber hat das WOCHENBLATT mit Stockachs Bürgermeisterin Susen Katter gesprochen.

WOCHENBLATT: Wie sieht die Zukunft im Jahr 2030 aus, wenn es gut sein soll?

Susen Katter: Die Herausforderungen jetzt haben Auswirkungen auf 2030 und die Frage ist: Kriegen wir das hin oder nicht? Das ist sehr vielfältig und ich finde es ungemein schwierig, das bis 2030 abschließend zu sagen. Ich weiß, wie lang die Verwaltung braucht, um manche Projekte umzusetzen, sieben Jahre sind in der Hinsicht fast eine kurze Zeitspanne. Für mich ist die größte Herausforderung die Klimaanpassung und der Naturschutz, als unsere Lebensgrundlage. Ich weiß nicht, ob wir es schaffen, bis 2030 klimaneutral zu sein, aber ich

denke die kommunale Wärmeplanung ist da ein großer Baustein. Das hat eine große Bedeutung für die Sanierung unserer Oberstadt oder auch für neue Wohnbaugebiete. Bestenfalls haben wir bis 2030 Verbesserungen im ÖPNV, vielleicht mit einem innerstädtischen Bürgerbus. Auch Flächenverbrauch ist ein ganz großes Thema. Es gibt einen demografischen Wandel und da stellt sich die Frage: Müssen alle zu zweit in einem Einfamilienhaus wohnen? Da sage ich: Nein, macht Platz für die nächsten Generationen. Dem gegenüber stehen die Wohnungsnot beziehungsweise der fehlende Wohnungsbau. So gibt es in Stockach eine Vielzahl an genehmigten Projekten, die wegen der Krise in der Baubranche nicht realisiert werden. Gerade was Klimaanpassung angeht, braucht es ein größeres Umdenken in der Gesellschaft, das braucht aber auch Zeit.

WOCHENBLATT: Wie schafft man es, dass die Gesellschaft das mitmacht?

Susen Katter: Mir ist Bürgerbeteiligung sehr wichtig, in einer echten Beteiligung gemeinsam Prozesse oder Ideen zu erarbeiten. Wobei das nicht heißt, dass ich alles davon umsetzen werde. Aber die Menschen können auch viel mehr damit umgehen, was gemacht wird. Deswegen mag ich zum Beispiel auch die Kommunalpolitik. Für mich ist das die ehrlichste Form der Politik, weil ich mit den Menschen viel näher zusammenarbeiten kann. Das sind Möglichkeiten, die ich nutzen kann und muss. Ich habe aber auch nicht die

Erwartung, dass ich jeden überzeuge, das wird nicht funktionieren.

WOCHENBLATT: Was braucht es damit Ziele, wie Klimaneutralität, erreicht werden können?

Susen Katter: Teilweise fehlt noch das Fachwissen oder eine Unterstützung für die Kommunen. Es gibt die Erwartung: „Stellt euch doch mal klimaneutral auf.“ Okay, gerne. Aber wie? Es gibt eine unheimliche Vielzahl an Maßnahmen, das Wissen dafür kann ich gar nicht alleine mitbringen. Bei der Stadt Konstanz machen sie ganz viele Projekte. Aber wenn man sieht, was das für Gelder sind und wie klein Stockach ist... Wir haben jetzt mit 33 Millionen Euro beim Investitionsplan eine Rekordsumme aufgestellt. Klimaneutralität ist eine Mammutaufgabe und ich glaube, man muss eines nach dem anderen machen.

WOCHENBLATT: Von wem müsste Unterstützung oder Fachwissen kommen?

Susen Katter: Es gibt schon Stellen, aber ich habe da teilweise nicht mehr die Übersicht: Es gibt Programme vom Bund, vom Land und die Energieagentur unterstützt auch. Wenn es um eine Förderung für einen Bürgerbus geht, ist das woanders angesiedelt, als wenn es um Radwege geht. Vielleicht bräuchte es eine einheitliche Stelle, wo alles gesammelt wird und nicht einen Fördertopf für jeden Punkt.

WOCHENBLATT: Wie kann eine eher

kleine Stadt wie Stockach die Menge an Investitionen stemmen?

Susen Katter: Ich brauche die Menschen vor Ort und das ehrenamtliche Engagement. Beim Bürgerbus in Rielasingen-Worblingen ist es so, dass die Fahrer nicht bezahlen zu müssen, ist eine Entlastung für die Kommune. Oder man muss die Dinge gestaffelt nacheinander angehen oder man schließt sich für Projekte zusammen. Die kommunale Wärmeplanung machen wir in der Verwaltungsgemeinschaft und mit Steißlingen zusammen, damit man zum Beispiel Kosten sparen kann.

WOCHENBLATT: Auf welche Bereiche kommt es Ihrer Ansicht nach noch an, bis 2030?

Susen Katter: Eine gute schulische Bildungslandschaft mit fairen Bildungschancen für alle finde ich sehr wichtig. Wir haben ein ziemlich gutes Level, auch was die Ausstattung angeht, aber das muss auch gehalten werden. Auch ist es wichtig, die Kindertageseinrichtungen gut aufzustellen, damit die Menschen arbeiten können und damit Frauen genauso wie Männer die Möglichkeit haben, sich im Beruf weiterzuentwickeln. Da muss man auch teilweise die Konzepte neu denken: Brauche ich für mein Kind acht Stunden durchgehend eine hochwertige, pädagogische Betreuung? Was genau eine große Rolle spielt für unsere Zukunft ist das Thema Digitalisierung und Breitband. Dass Prozesse besten-

falls komplett digitalisiert sind, gehört für eine zukunftsfähige Stadt dazu. Ganz wichtig ist dabei immer die Zusammenarbeit mit anderen, mit vielen Herausforderungen steht man ja nicht alleine da. Die Verwaltungsgemeinschaft ist ein Beispiel für eine gute Zusammenarbeit und auch im Landkreis tauschen wir uns aus. Beim Beispiel Digitalisierung der Verwaltung bespricht man sich auch, ob man einheitliche Programme nimmt oder ob sie kompatibel sind. Auch gemeinsame Projekte sind ungemein wichtig, wie das interkommunale Gewerbegebiet Blumhof.

WOCHENBLATT: Aber reicht das alles am Ende aus?

Susen Katter: Obwohl es so vielfältig und komplex ist, so möchte ich nicht ganz negativ in die Zukunft blicken. Ob es reichen wird, das wird man hinterher sehen. Aber es ist absolut erforderlich und notwendig.

WOCHENBLATT: Worauf kommt es für die Gesamtgesellschaft an, wenn Sie in die Zukunft schauen?

Susen Katter: Ein guter Zusammenhalt und dass sich die Menschen auch weiterhin für ihre Gesellschaft einsetzen. Die Frage, in welche Richtung wir uns entwickeln werden und manche Strömungen... das macht mir auch manchmal ein wenig Angst. Die Demokratie ist eines der wichtigsten Güter, die wir haben. Auch wenn nicht alles perfekt ist, geht es uns im Großen und Ganzen gut: Wir können in die Schule gehen, dürfen demonstrieren oder streiken.

Der Arbeitskampf ist ein Recht, das sich hart erkämpft wurde, das darf man nicht vergessen. Dieses Jahr hat das Grundgesetz den 75. Geburtstag, es ist ein Geschenk und darf keine Selbstverständlichkeit sein. Wir haben viele Hidden Champions, gerade in Baden Württemberg. Das ist auch ein Resultat davon, wie unser Rechtsstaat aufgebaut ist, davon bin ich überzeugt. In der Vergangenheit wurde viel Vertrauen zerstört, weshalb die Gefahr der Spaltung in der Gesellschaft gegeben ist. Ich weiß nicht, ob man das verhindern kann, aber aufklären und reden ist wichtig. Deswegen lege ich zum Beispiel auch so großen Wert auf Bürgerbeteiligung. Weil ich nah dran bin, muss ich vielleicht auch mal mehr aushalten. Aber es macht auch alles spannender.

WOCHENBLATT: Sie haben auch davon gesprochen, dass Ihnen manche Entwicklungen Angst machen. Wie gehen Sie damit um?

Susen Katter: Ich muss meinen Optimismus bewahren und glaube immer noch an das Gute in den Menschen. Die Herausforderungen sind in so vielen Sachen so umfangreich, aber ich muss daran glauben, dass es uns gelingen wird. Sonst bräuchte ich dieses Amt hier nicht ausführen. Irgendwie geht es immer weiter und manchmal sind Zwänge und Herausforderungen auch Chancen.

Das Interview führte WOCHENBLATT-Redakteurin Anja Kurz

GESTERN, HEUTE, MORGEN

UNSERE PRODUKTE SIND AUSSCHLIESSLICH IN MEHRWEG-GLASFASCHEN ERHÄLTICH. DIESE SCHNEIDEN NICHT NUR IN DER ÖKO-BILANZ GUT AB. GLAS IST AUCH DIE BESTE VERPACKUNG FÜR UNSER NATÜRLICHES MINERALWASSER. DA WIR NICHT AN DER VERMÜLLUNG DER ERDE MITVERANTWORTLICH SEIN WOLLEN, WIRD ES FÜR UNS AUCH IN DER ZUKUNFT KEINE ANDERE LÖSUNG ALS DIE GLASFASCHE GEBEN.

E E E EASY

15 JAHRE GARANTIE²

299 € mtl. leasen
0 € Anzahlung¹

Unser Easy Deal Angebot für den neuen Toyota C-HR: 0 € Anzahlung.¹ Bis zu 15 Jahre Garantie.² Ab 299 € mtl.¹

Eeasy.

Kraftstoffverbrauch Toyota C-HR Hybrid gew. kombiniert: 5,2 - 0,8 l/100 km. CO₂-Emissionen gew. kombiniert: 117 - 19 g/km. Kraftstoffverbrauch kombiniert: 0,8 l/100 km. Stromverbrauch Toyota C-HR Plug-in Hybrid gew. kombiniert: 15,3 kWh/100 km. Elektrische Reichweite (EAER): 66 km.³

AUTOMOBILE BACH

www.automobile-bach.de

Autohaus Bach-Hegau e. K.

Toyota Vertragshändler
Tel.: 07731 - 61 02 0
Marie-Curie-Str. 1
78224 Singen

Toyota Service-Standort
Tel.: 07774 - 72 23
Auf der Steig 1
78253 Eigeltingen-Honstetten

Haupt-Firmensitz: Autohaus Bach-Hegau e.K., Marie-Curie-Str. 1, 78224 Singen.

¹Ein unverbindliches Easy Leasing-Angebot der Toyota Kreditbank GmbH, Toyota Allee 5, 50858 Köln auf Basis des nationalen Angebots der Toyota Deutschland GmbH, Toyota Allee 2, 50858 Köln für Privatpersonen, mit 48 Monaten Laufzeit und 10t Km Laufleistung/Jahr für den neuen Toyota C-HR Flow 1.8 Hybrid (4x2) mit 103 kW (140 PS) Systemleistung, Benzinmotor: 72 kW (98 PS), Elektromotor: 70 kW (95 PS), Anschaffungspreis zzgl. Überführung: 28.807,27 €, L-Sonderzahlung: 0,00 €, Gesamtbetrag: 14.352,00 € zzgl. Überführung, 48 mtl. Raten à 299,00 €. Das Angebot entspricht dem Beispiel nach §6a Abs. 4 PAngV und gilt bei Anfrage und Genehmigung bis 20.03.2024. ²Bis zu 15 Jahre Garantie mit Toyota Relax: 3 Jahre Neuwagen Herstellergarantie + max. 12 Jahre Toyota Relax Anschlussgarantie der Toyota Motors Europe S.A./N.V., Avenue du Bourget, Bourgetlaan 60, 1140 Brüssel, Belgien. Mehr Informationen zur Toyota Relax-Garantie erhalten Sie direkt bei uns oder unter www.toyota.de/relax. ³Werte gemäß WLTP-Messverfahren. Informationen zum offiziellen Kraftstoffverbrauch und zu den offiziellen spezifischen CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen unter www.dat.de. Abb. zeigt Sonderausstattung.

Zukunft gestalten mit **INGUN**

Wie können Unternehmen sich in dieser unsicheren Zeit, geprägt durch Trends wie Digitalisierung und Globalisierung sowie aktuelle Herausforderungen wie Rohstoffknappheit und Fachkräftemangel nachhaltig für eine attraktive Zukunft aufstellen?



Wir bei INGUN haben darauf eine klare Antwort: Die Zukunft wird von und mit den Menschen im Unternehmen gestaltet und daher stehen diese im Mittelpunkt der Firmenstrategie. Mit dem Technical Training Center stellen wir nun ein innovatives Ausbildungskonzept vor.

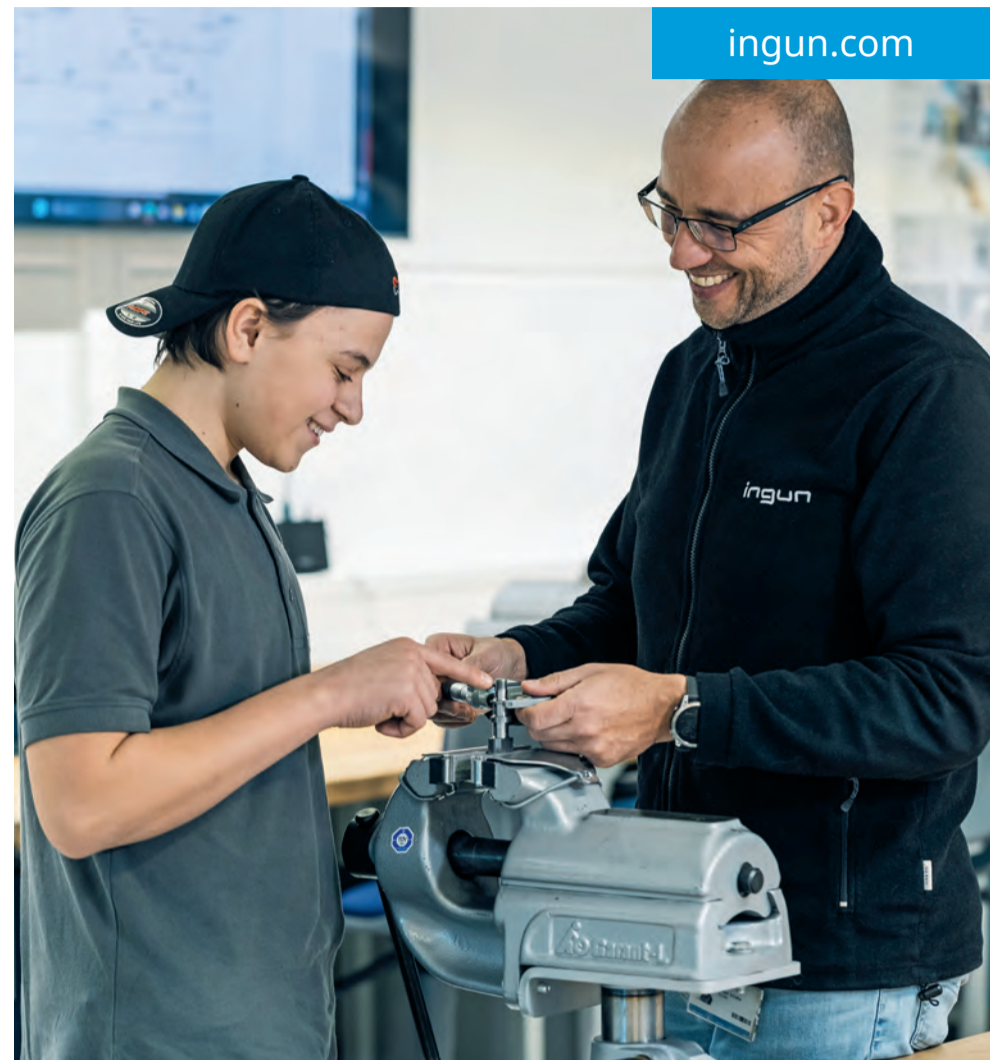
Was ist das Besondere an dem INGUN Technical Training Center?

Die Zukunft beginnt heute. Daher schafft INGUN mit dem Technical Training Center nicht nur die besten Voraussetzungen für künftiges Wachstum durch die Ausbildung der Fachkräfte von morgen, sondern ermöglicht den Auszubildenden, aktiv an den Themen von morgen mitzuarbeiten.

Jährlich können zehn Auszubildende bei INGUN in ihre Zukunft starten. Sie wählen zwischen der technischen Ausbildung zum Zerspanungsmechaniker oder der technischen Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer.

Für die Ausbildung werden reichlich Platz, ein moderner und neuer Maschinenpark, Schulungsräume, Laptops sowie ein innovatives Lernkonzept bereitgestellt, erklärt Ausbildungsleiter Holger Schäffer stolz. Die zentrale Idee ist, dass die Auszubildenden das Lernen selbst in die Hand nehmen und anhand von aktuellen Problemstellungen aus dem Unternehmen Lösungen erarbeiten, die einen echten Mehrwert stiften.

Ausbildungsleiter Holger Schäffer betont, dass vor allem die erlebte Sinnhaftigkeit der Arbeit in dem Technical Training Center den Spaß beim Lernen und einen hervorragenden Ausbildungserfolg fördert. Denn durch das innovative Konzept leisten die Auszubildenden von Anfang an einen wertvollen Beitrag und übernehmen Verantwortung als Partner für die Technologie der Zukunft.



Über INGUN

INGUN ist ein international führender Anbieter von hochpräzisen Test- und Kontaktierkomponenten, für vielfältige und branchenübergreifende Anwendungsfelder. Als Partner für die Technologie der Zukunft sichert INGUN die Qualität elektrischer und elektronischer Produkte seiner Kunden in Branchen von Automotive bis Telekommunikation.

Kommunen benötigen Beinfreiheit

Warum eine gute Zukunft weniger Regeln braucht

dass es für die Gesellschaft an sich schwieriger wird. Trotzdem sollten wir nicht den Kopf in den Sand stecken. Wir haben immer noch eine gute Ausgangsposition in Deutschland. Wir haben tolle Firmen, auch bei uns in der Region, die tolles leisten. Wir haben eine tolle Region. Wir sind attraktiver Wohnort, attraktive Touristenregion in einer zentralen Lage Europas. Wir haben eine gute Ausgangsposition, um diese Krisen auch anzugehen.

WOCHENBLATT: An welcher Stelle müssen die Weichen gestellt werden, um die Krisen zu bewältigen?

Benjamin Mors: Das lässt sich nicht ohne weiteres beantworten. Einfache Lösungen gibt es heutzutage sehr, sehr selten. Die Welt ist komplex. Das spürt jeder, dass die Dinge kompliziert sind, komplizierter werden durch Regeln, die es zu beachten gibt, durch anspruchsvolle Prozesse. Was uns aber gut täte für die Zeit bis 2030 wäre, zu versuchen, ein Stück weit einfacher zu werden. Das sollte uns ein Leitmotiv sein. Wir sollten unsere Ansprüche ein Stück weit überdenken hinsichtlich dessen, was tatsächlich leistbar ist. Aber auch dahingehend, wie wir die Dinge regeln. Können wir es uns leisten, alle Dinge bis ins kleinste Detail zu regeln und in Gesetze und Verordnungen abzubilden? Oder ist es etwas, was uns an manchen Stellen auch ausbremst oder auch vom Staat selber nicht mehr geleistet werden kann? Ich glaube, das ist etwas, was wir im Blick

haben sollten, weil das etwas ist, was uns an der Weiterentwicklung und am Fortschritt hindert.

Es ist auch wichtig, dass man sich nicht immer im emotionalen Ausnahmezustand befindet. Dass man trotz aller Krisen versucht, die Dinge mit einer gewissen Entspanntheit zu betrachten. Und mit einem gewissen Grundoptimismus. Die Nachrichtenflut, die uns trifft, setzt den Trend aber in eine andere Richtung.

WOCHENBLATT: Wir haben uns in den vergangenen Wochen mehrmals getroffen und da ging es für Sie als Vorsitzender des Gemeindetags Kreis Konstanz oft um die Flüchtlingsthematik. Dass Kommunen an oder jenseits der Grenze des Leistbaren stehen. Das scheint es mit schwer zu sagen, wir müssen es etwas entspannter sehen.

Benjamin Mors: Entspannt meine ich nicht im Sinne davon, dass wir die Dinge nicht ernst nehmen oder wir die Situation einfach laufen lassen. Aber es bringt nichts, sich auch als Privatperson ständig in diesen Ausnahmesituationen zu bewegen. Das heißt nicht, dass wir uns nicht mit Entschlossenheit um die Dinge kümmern und unsere Position vertreten. Es ist aber ein schmaler Grat, das zu überhitzen und selbst emotional zu werden. Wenn zu viel Emotion drinsteckt, fehlt irgendwann eine vernünftige Gesprächsbasis. So meine ich Entspanntheit: Nicht zurücklehnen, sondern mentale Entspanntheit.

WOCHENBLATT: Sie haben schon angedeutet, dass Sie sich weniger Regelungen und mehr Spielraum wünschen. Was wären da Bereiche, die angegangen werden müssen?

Benjamin Mors: Das wichtigste für uns als Kommunen wäre es, eine klare Linie erkennen zu können, wohin es gehen soll. Es braucht klare Leitplanken, mit denen sich Kommunalpolitik entwickeln kann. Zum Beispiel: Es gibt diese 400.000 Wohnungen, die gebaut werden sollen.

Das ist eine klare Vorgabe der Bundespolitik. Gleichzeitig gibt es die Regelung im Landeskoalitionsvertrag eines Flächenverbrauchs von null. Und die Regelungen bezüglich Baurecht und innerörtlicher Verdichtung, die für sich genommen schon manches einschränken.

Da kommen dann neue Punkte hinzu. Etwa der innerörtliche Schutz von Bäumen. Da geht dann in manchen Bereichen keine Nachverdichtung mehr. Dieses Geflecht von überlappenden Interessen und Regelungen, die die Politik selbst formuliert, gilt es aufzulösen. Das wäre ein wichtiger Schritt für uns in der Kommune, damit wir überhaupt die Möglichkeit haben, die Ziele zu erfüllen. Wo sollen wir denn die Wohnungen bauen, wenn wir nicht raus in die Fläche dürfen und wenn wir sie nicht im Ort bauen dürfen?

Das ist ein Beispiel dafür, wie sich verschiedene Regelungen überlagern und für uns der Handlungsspielraum eng wird.

WOCHENBLATT: Was würden Sie sich denn konkret wünschen?

Benjamin Mors: Wenn es um konkrete Wünsche geht, dann würde uns glücklich machen die Abschaffung des Paragraphen 2b Umsatzsteuergesetz. Der berühmte Kuchenparagraph, der für unsere Verwaltung mit enormem Arbeitsaufwand verbunden ist.

Dann müssen wir beim Breitbandausbau schneller werden. Da gibt es höchst komplizierte Verfahrensstrukturen, die viel zu lange dauern. Da gibt es eine Aufgreifschwelle, die die EU festlegt. Die öffentliche Hand darf erst eingreifen, wenn ein Marktversagen vorliegt. Das ist, wenn die Aufgreifschwelle, eine festgelegte Bandbreite, nicht erreicht wird. Dann kann eine Prüfung stattfinden, ob eine Gemeinde die Breitbandversorgung ausbauen kann. Diese Aufgreifschwelle wird immer wieder erneuert, ist aber immer Jahre hinterran. Mein Wunsch ist, dass man das näher an die Realität bringt, damit Gemeinden in den Internetausbau einsteigen können, wenn man merkt, dass es eng für die Menschen vor Ort wird.

Abschließend wünsche ich mir die Einsicht, dass die Kommunen vieles leisten. Dafür braucht es die nötige Beinfreiheit. Wir hätten vor Ort gute und vielleicht auch bessere Konzepte, wenn wir diese Beinfreiheit hätten. Das Interview führte

Das Interview führte **WOCHENBLATT-Redakteur Tobias Lange**



Benjamin Mors, Bürgermeister der Gemeinde Steißlingen und Vorsitzender des Gemeindetags Kreis Konstanz, wünscht sich eine klare Linie und mehr Bewegungsspielraum, damit Kommunen auch handeln können. Foto: privat

Was muss getan werden, um in Zukunft gut in Deutschland leben zu können. Im Gespräch mit dem **WOCHENBLATT** stellte sich Benjamin Mors, Bürgermeister der Gemeinde Steißlingen und Vorsitzender des Gemeindetags Kreis Konstanz, dieser schwierigen Frage.

WOCHENBLATT: Herr Mors, wo sehen Sie die Baustellen für die kommenden Jahre? Was muss getan werden, damit 2030 gut wird?

Benjamin Mors: Es ist ein Stück weit die Frage, wo wir stehen. Wird es wieder gut oder wird es gut? Wir befinden uns im Moment in einer Phase, die unheimlich spannend ist für uns als Gesellschaft. Damit natürlich auch für uns Bürgermeister. Wir spüren, dass es eine Gleichzeitigkeit von Krisen gibt: Corona, Energiekrise, Flüchtlingskrise

– die zweite innerhalb kürzester Zeit. Wir haben das Thema Fachkräftemangel, bei dem uns in nächster Zeit noch einiges bevorsteht.

Wir haben die Klimakrise mit den Auswirkungen des Klimawandels, die wir langsam zu spüren beginnen. Das ist, glaube ich, das besondere der letzten Zeit. Dass sich das überlagert. Früher gab es auch Situationen, die nicht immer einfach waren, aber gefühlt kamen die Krisen mit etwas mehr zeitlichem Verzug und nicht so schnell hintereinander.

WOCHENBLATT: Wie lautet also die Frage: Wird es gut oder wird es wieder gut?

Benjamin Mors: Die Krisen setzen uns natürlich unter Druck. Das spüren wir alle im Beruf, weil jeder merkt, dass es für die Betriebe schwieriger wird,



Für Engers Bürgermeister Frank Harsch ist vor allem ein starker Zusammenhalt in der Gesellschaft ein wichtiger Anker, um im Jahr 2030 eine gute Zukunft zu haben.

Foto: Rüdiger Lutz

„Die Spielregeln der Demokratie sind nicht verhandelbar“

Warum es für Frank Harsch für 2030 wichtig ist, auch Meinungen anderer zuzulassen

Das Thema Zusammenhalt spielt in unserer Gesellschaft gerade in der heutigen Zeit eine immer tragendere Rolle. Dies sowie der Ukraine-Konflikt oder auch eine nachhaltige Wirtschaft sieht der Engener Bürgermeister Frank Harsch im Interview mit dem WOCHENBLATT als Dinge, welche für eine bessere Zukunft in 2030 dringender angegangen werden müssen.

WOCHENBLATT: Wie soll die Zukunft Ihrer Ansicht nach 2030 aussehen, wenn es gut sein soll?

Frank Harsch: Es wäre klasse, wenn wir die Energiewende hinbekommen würden. Nicht ideologisch, sondern tatsächlich, ohne dabei die Gesellschaft zu spalten und Wohlstand zu verlieren. Zudem ist es für mich auch wichtig, den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und andere Meinungen zuzulassen, um gewisse Themen in einem demokratischen Diskurs auszuhandeln. Ich habe das Gefühl, dass in Deutschland die Meinungsfreiheit eingegrenzt ist, man zwar alles sagen darf, aber dahingehend auch mit Konsequenzen rechnen muss. Grundsätzlich ist es gut, dass jeder alles haben darf und das, was dann am Ende ausgehandelt wird, akzeptiert werden muss. Es kann nicht sein, dass eine demokratische Entscheidung getroffen wird und trotzdem noch weiterdiskutiert wird, so funktioniert Demokratie nicht.

WOCHENBLATT: Wie kann es Ihrer Ansicht nach gelingen, dass andere Meinungen in Zukunft mehr akzeptiert werden?

Frank Harsch: Indem wir uns bewusst werden, was Demokratie bedeutet. Das muss man sowohl in der Schule, als auch in der Gesellschaft und der Politik ausarbeiten. Es kann nicht immer nur in eine Richtung gehen, es gibt immer mehrere Richtungen, die ausge-

handelt werden müssen. Meinungen müssen respektiert und akzeptiert werden, bevor über sie abgestimmt werden kann.

WOCHENBLATT: Wie blicken Sie im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung sowie anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes und was kann in dieser Hinsicht getan werden, um die Demokratie nicht zu gefährden?

Frank Harsch: Wir müssen auf die Demokratie aufpassen und sorgsam mit ihr umgehen. Auch dabei ist es wichtig, Meinungen anderer zuzulassen, auch wenn sie uns nicht passen. Wir müssen lernen, dass die Mehrheit entscheidet und nicht die Minderheit. Ich habe in den letzten Jahren oft erlebt, dass die Minderheit in den Mittelpunkt gestellt wird. Das kann auf Dauer so nicht funktionieren. In der Demokratie hat man unter anderem durch die Gerichte noch eine gewisse Entscheidungsmacht.

WOCHENBLATT: Was definieren Sie unter dem Begriff Minderheit?

Frank Harsch: Sie stellt für mich das Gegenteil zur Mehrheit in allen Bereichen, auch politisch gesehen, dar. Mir geht es nicht darum, die Minderheiten zu benachteiligen, sondern, dass diese auch gehört wird und man diesen entgegenkommt, wo es nur geht.

WOCHENBLATT: Welche weiteren Themen sollten Ihrer Ansicht nach angegangen werden, damit die Zukunft 2030 gut sein soll?

Frank Harsch: Ich halte es für wichtig, dass man die Wirtschaft fördert. Nur eine starke Wirtschaft bringt uns die Garantie auf Wohlstand, mit dem wir wiederum soziale Projekte vorantreiben können. Wir brauchen sie auch, um uns weiterhin soziale Standards leisten zu können. Für die Zukunft halte ich es auch für wichtig, dass wir ein

Betreuungsangebot haben, welches sich die Eltern auch wünschen. Dabei ist nicht nur die Ganztagesbetreuung, sondern alle Betreuungsformen miteingeschlossen, um den Eltern weitestgehend gerecht zu werden. In Sachen gesellschaftlicher Zusammenhalt müssen die Spielregeln der Demokratie klargestellt werden. Die Spielregeln der Demokratie sind für mich nicht verhandelbar. Ich habe das Gefühl, dass dies ein bisschen verloren gegangen ist.

WOCHENBLATT: Welche Maßnahmen müssten konkret mit Hinblick auf die Kommunal- und Europawahlen Ihrer Ansicht nach angegangen werden, damit die Zukunft 2030 gut wird? Wer könnten dabei die Verlierer sein?

Frank Harsch: Die Energiewende wird ohne wirtschaftlichen Erfolg nicht funktionieren. Nachhaltigkeit ist für mich auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sehr wichtig, das wird oft vergessen. Viele konzentrieren sich nur auf den Naturschutz und die Energiewende, doch das ist zu kurz gedacht. Es muss nicht nur ein Part, sondern die gesamte Sache angestrebt werden, nur dann funktioniert das auch und es findet dann auch keine Spaltung statt. Es muss Auffangmechanismen geben für die Menschen, welche in dieser Hinsicht als Verlierer dann gelten. Die gibt es Gott sei Dank in Deutschland. Ich weiß nicht, ob man in Deutschland von typischen Verlierern reden kann. Im Verhältnis zu anderen Staaten auf der Welt wie Indien leben wir hier unter Traumbedingungen, das sollte uns bewusst werden.

Dieses Bewusstsein ist uns verloren gegangen. Man muss allen Leuten in unserer Gesellschaft klarmachen, auf welchem Level wir heutzutage leben. Zu den Verlierern könnten diejenigen werden, die sich irgendwann nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen,

das hat schon zugenommen in letzter Zeit. Diese Gefahr sehe ich durchaus. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, eine Meinung haben zu können, ohne dadurch mit beruflichen oder gesellschaftlichen Konsequenzen rechnen zu müssen. Ich muss alles sagen können.

WOCHENBLATT: Welche Akteure müssen diese Maßnahmen ergreifen, damit die Zukunft 2030 gut sein soll?

Frank Harsch: Das ist für mich ganz klar die Bundespolitik. Selbst die Landes- und Kommunalpolitik ist in diesem Fall für mich nachrangig. Sie treffen die Entscheidungen und sagen ganz klar, wo es lang geht. Wenn dort versagt wird, ist es für die Kommunen nicht auszugleichen. Wir hier in Engen müssen unsere Probleme auch selbst lösen. Wenn aber die Vorgaben von oben so derartig schlecht sind, können wir es nicht ausgleichen. Wir sind dafür da, uns auf kommunaler Ebene den dortigen Bedingungen anzupassen. Es ist absolut wichtig, was die Regierung macht oder nicht macht. Gerade deswegen liegt schon einiges im Argen, dass ein Ausgleich derzeit schwer möglich ist. Auch die ganze Bürokratie können wir aktuell auf kommunaler Ebene nicht packen. Wie will ich eine Energiewende angehen, wenn keine klare Strategie vorhanden ist?

WOCHENBLATT: Welche Tipps würden Sie den drei Bundestagsabgeordneten des Landkreises, Lina Seitzl, Andreas Jung und Ann-Veruschka Jurisch an die Hand geben, damit die Zukunft in 2030 eine gute sein soll?

Frank Harsch: Bei der Energiewende ist alles immer noch viel zu komplex, noch nicht konkret genug bzw. strategisch noch nicht ganz ausgereift sowie wirtschaftlich und technisch teilweise gar nicht umsetzbar. Sie müssen Lösungen

finden, die auch funktionieren und das mit viel weniger Bürokratie. Bezüglich der Seniorenbetreuung muss dringender mit den Leuten vor Ort gesprochen werden, die im Altenheim sind und es sich nicht mehr leisten können und wie diese mit dieser Situation umgehen. Auch in Bezug auf den Ukraine-Krieg muss eine Lösung gefunden werden. Es kann nicht das Ziel sein, hier in Europa einen jahrzehntelangen Krieg zu haben. Bei der Flüchtlingssituation habe ich das Gefühl, dass sie es in Berlin gerade aussetzen wollen. Das funktioniert jetzt schon nicht mehr. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, prophezeie ich, dass es noch schlimmer wird in Deutschland.

WOCHENBLATT: Der Ukraine-Konflikt mit Russland hat ja über den aktuellen Angriffskrieg hinaus eine lange Vorgeschichte. Welche Maßnahmen muss die Regierung ergreifen, um in dieser Sache mal ordentlich mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin an einen Tisch zu sitzen und über diesen Konflikt zu sprechen?

Frank Harsch: Putin ist mit Sicherheit ein Kriegsverbrecher. Man darf aber auch nicht vergessen, dass der Westen in dieser Sache ebenfalls seinen Anteil hatte. Ich bin mir nicht sicher, dass wenn dieser Anteil nicht gewesen wäre, es überhaupt zum Krieg gekommen wäre. Da wir als Westen nicht ganz unschuldig sind, haben wir die Pflicht, jetzt etwas zu machen, unseren geleisteten Negativbeitrag auszumergen. Der Krieg muss beendet werden, das kann nicht ewig so weitergehen. Es gibt seit zwei Jahren überhaupt keine Fortschritte, nur Tote und viel verbranntes Geld. Das hat bis jetzt überhaupt nichts gebracht. Man hätte viel früher eine Diplomatie machen müssen. Bei Außenministern wie Hans-Dietrich Genscher wäre das anders gelaufen. Man muss jetzt auch beginnen, Verhandlungen zu führen, mit Putin zu sprechen. Das könnte dahingehend auch bedeuten, dass die Ostukraine erst einmal als neutrales Gebiet deklariert werden muss und die Waffen schweigen. Zudem sollte man in einer Volksbefragung ausfindig machen, wo sich die Menschen in dieser Gegend zugehörig fühlen.

WOCHENBLATT: Abgesehen von der Bundes- und Kommunalpolitik: Welche Akteure müssen im aktuellen Israel-Palästina-Konflikt einwirken, damit es in dieser Hinsicht keine Verlierer gibt?

Frank Harsch: Antisemitismus ist in jeglicher Form zu verurteilen. Es ist für mich gerade aufgrund unserer Historie unfassbar, dass es so etwas in Deutschland überhaupt gibt. Ich sehe aber auch, dass Antisemitismus in Deutschland größtenteils auch vom

Islamismus geprägt ist, es somit ein Stückweit mit muslimischem Antisemitismus zusammenhängt. Das muss ganz klar unterbunden werden. Antisemitismus hat in Deutschland keinen Platz. Auch hier ist in erster Linie wieder die Regierung gefragt, diese Probleme zu lösen und nicht nur Lippenbekenntnisse abzugeben. Eine Claudia Roth darf bei dem geschehenen Vortrag auf der Berlinale nicht klatschen, das sind diejenigen, die vornedran stehen. Was sollen denn die Bürger sagen, wenn die eigenen Politiker so etwas machen? Das verunsichert sie doch nur noch mehr. So etwas muss klar unterbunden und bestraft werden und darf nie wieder sein.

WOCHENBLATT: Im September droht in Thüringen die AfD dort stärkste Kraft zu werden. Was müsste konkret unternommen werden, damit solche Randparteien nicht an die Macht kommen?

Frank Harsch: Zunächst einmal finde ich es erschreckend, dass Linke und AfD bei einer doch hohen Wahlbeteiligung gemeinsam mehr als 50 Prozent in Thüringen haben. Die Randparteien kommen nur deshalb hoch, weil die Regierungen die Probleme nicht im Sinne der Menschen lösen. So weit darf es niemals kommen, das ist eine mittlere Katastrophe. Das hängt auch mit dem Fehlen einer klaren Strategie seitens der Bundesregierung zusammen, wie man mit den Problemen der Zeit umgehen soll oder dass diese sogar ausgesessen werden. Wenn die Menschen nicht mehr das Gefühl haben, dass die Probleme gelöst werden, dann entsteht so etwas wie das Emporkommen der Randparteien.

Man wird die Probleme am Ende des Tages nicht zu 100 Prozent lösen können, jedoch sollen die Menschen ernsthaft das Gefühl haben, dass die Politik diese Konflikte auch wirklich lösen will. Das haben sie derzeit nicht. Die Leute haben unzählige Bedenken, welchen man begegnen muss. Man muss die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen, darauf eingehen und diesen zu begegnen. Das passiert aktuell nicht. Ich habe meine Zweifel daran, dass dies auf die Schnelle behoben werden kann. Ich habe eher das Gefühl, dass es so weitergehen wird. Das Schiff in kürzester Zeit herumzureißen wird unmöglich sein, dafür ist zu viel in letzter Zeit zerschlagen worden. Es muss das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Regierung zurückgewonnen werden, damit gesehen wird, dass etwas getan wird. Wenn wir es soweit bringen würden, wäre das schon die halbe Miete, um dann im Laufe der Jahre zu versuchen, die Probleme zu lösen.

Das Interview führte WOCHENBLATT-Redakteur Philipp Findling



Beim Thema des Ukraine-Konflikts sieht Engers Bürgermeister Frank Harsch den Westen nicht ganz ohne Schuld.

Foto: Anja Kurz